

Stellungnahme von Minister Harald Mollers zum offenen Brief von Nina Reip

Frau Reip wirft in ihrem offenen Brief an die Regierung eine Vielzahl von Fragen auf und erhebt gleich mehrere Vorwürfe, die wir hiermit entschieden zurückweisen und nachstehend im Einzelnen widerlegen.

Die **Stelle**, die Frau Reip bei der Abteilung GrenzGeschichteDG an der AHS bekleidete, wurde im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme geschaffen und war von Anfang an zeitlich befristet. Dies ist Frau Reip auch klar mitgeteilt worden. Nach der Pensionierung des Leiters von GrenzGeschichteDG wurde die Leitungsstelle ausgeschrieben. Frau Reip hat sich auf die Stelle beworben, was selbstverständlich ihr gutes Recht war. Eine neunköpfige Jury, bestehend aus dem Direktor der AHS, dem scheidenden Leiter von GrenzGeschichteDG, einem externen Bildungsexperten sowie Vertretern des Verwaltungsrats der AHS (3), der Regierung (2) und des Zentrums für politische Bildung in Luxemburg (1) hat die Stelle neu besetzt.

Auch der Vorwurf, die Regierung fördere die politische Bildung nicht, ist unhaltbar:

1. Wenngleich in zahlreichen Grundschulen Schülerräte organisiert werden, besteht die gesetzliche Verpflichtung zur Organisation von Schülervvertretungen derzeit nur ab der zweiten Sekundarschulstufe. Um die Partizipation der Schüler in allen Schulen zu stärken, wird die Regierung noch dieses Schuljahr die **gesetzliche Grundlage für die Mitwirkung von Schülern** in der Grundschule schaffen.
2. Zur Förderung der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen bedarf es natürlich nicht allein der dekreten Verankerung der Partizipation von Schülern. Die Schulen brauchen **Unterstützung in der Gestaltung der Schülerbeteiligung und in der Vermittlung politischer Bildung**. Deshalb hat der Bildungsminister der Abteilung GrenzGeschichteDG an der AHS 2015 den Auftrag erteilt, einen Masterplan zur fachübergreifenden Vermittlung politischer Bildung zu erstellen. Das von Frau Reip entworfene Konzept entsprach in seiner ursprünglichen Version nicht der Vorstellung der Regierung, möglichst konkrete Unterstützungsangebote und Handlungsfelder aufzuzeigen. Vielmehr handelte es sich um eine weitestgehend theoretische Abhandlung über die Definition politischer Bildung. Eine ausführliche Begriffsklärung ohne konkrete Handlungsoptionen oder operative Ansätze ist jedoch weder als politische Entscheidungsgrundlage noch als Gegenstand für eine Konzertierung geeignet. Da das Konzept konkreter Maßnahmen entbehrte, die mit den relevanten Akteuren hätten diskutiert werden können, hat der Bildungsminister um eine Ergänzung des Konzepts um die Auflistung möglicher konkreter Unterstützungsangebote für Schulen gebeten. **Zu keinem Zeitpunkt wurde die Konzertierung als solche infrage gestellt, der Minister hat Frau Reip lediglich darauf hingewiesen, dass er eine Konzertierung in Anbetracht des theoretischen Charakters des Arbeitspapiers für verfrüht halte.** Nachdem die Regierung das um konkrete Handlungsempfehlungen ergänzte Dokument erhalten hat, hat der Bildungsminister sich am 4. September 2017 mit dem Direktor der

Autonomen Hochschule und der neuen Leitung von GrenzGeschichteDG getroffen. **Am 19. September erfolgte per Brief eine schriftliche Auftragsbeschreibung.** Demnach ist es Aufgabe von GrenzGeschichteDG, die ostbelgischen Schulen in der überfachlichen Vermittlung der politischen Bildung zu unterstützen. **In seinem Schreiben betont der Bildungsminister ausdrücklich, dass neben der politisch-historischen Bildung auch Themen vermittelt werden müssen, die über die reine Staatsbürgerkunde hinausgehen:** „Dabei ist politische Bildung im weitesten Sinne zu verstehen und sollte neben der historischen Bildung auch Themenbereiche wie Nachhaltigkeit und Weltbürgertum, Gleichberechtigung und Genderkonzepte, Globalisierung und Migration, Menschenrechte und Antidiskriminierung, Interkulturalität und Inklusion, Wirtschafts- und Europapolitik umfassen. Im Mittelpunkt sollte dabei stets die Handlungskompetenz stehen. Kinder und Jugendliche sollen befähigt werden, als mündige Bürger verantwortungsbewusst am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.“

3. Zum Auftrag von GrenzGeschichteDG gehört die **Ausarbeitung eines rahmenplanorientierten Leitfadens** in Kooperation mit dem Fachbereich Pädagogik im Ministerium. Ein erstes Arbeitstreffen hat bereits stattgefunden. Dieser Leitfaden sollte neben Kompetenzerwartungen und Inhaltskontexten pro Stufe auch Querverweise auf die Kompetenzen aus den Fachrahmenplänen und Links zu Angeboten, außerschulischen Lernorten, Handreichungen etc. beinhalten. Außerdem erhielt GrenzGeschichteDG den Auftrag, zur Unterstützung der Schulen **ein Programm mit Angeboten** zu erstellen. Dazu soll die Abteilung eigene Angebote entwickeln wie beispielsweise Animationen für Schulklassen, Coaching, Fortbildungsveranstaltungen und Handreichungen für Lehrer. Zum anderen müssen Kooperationen mit externen Anbietern ermöglicht werden, unter anderem mit außerschulischen Lernorten und Partnerorganisationen wie dem Netzwerk für Demokratie und Courage, der Bundeszentrale für politische Bildung und den Landeszentralen für politische Bildung. Vor dem Hintergrund, dass die Regierung eine dekretale Grundlage für die Mitbestimmung der Schüler in der Grundschule schafft, erhielt GrenzGeschichteDG zudem den Auftrag, bis zum nächsten Schuljahr Angebote zur Gestaltung der Mitwirkung von Primarschülern auszuarbeiten.
4. Zur inhaltlichen Begleitung ihrer Arbeit sollte die Abteilung GrenzGeschichteDG eine Fachkommission bestehend aus Mitgliedern des Fachbereichs Pädagogik, des Kabinetts des Bildungsministers, der bpb und anderen Zentren für politische Bildung einberufen.
5. GrenzGeschichteDG soll mittelfristig in ein Zentrum für politische Bildung umgewandelt werden, zu diesem Zweck erhält die Abteilung nächstes Schuljahr eine zusätzliche Stelle.

Dass die Bürgerkunde Bestandteil des Integrationsparcours ist, ist nicht rassistisch begründet, sondern logisch. **Es ist nicht diskriminierend, sondern logisch, dass Menschen, die zu uns kommen, unsere Sprache erlernen und unseren Staatsapparat und ihre Rechte und Pflichten kennenlernen. Genauso logisch ist es, dass der Auftrag, unsere Kinder und Jugendlichen zu mündigen Bürgern zu erziehen, nicht die Aufgabe eines einzelnen Lehrers sein kann, sondern die aller Lehrer.** Gerade die Vermittlung komplexer Zusammenhänge wie Migration, Globalisierung, Nachhaltigkeit etc. setzen unterschiedliche Perspektiven voraus und erfordern einen überfachlichen Ansatz, der z.B. naturwissenschaftliche und ethische Gesichtspunkte vereint.

Die Umfragen, die der RDJ und die Junge Mitte durchgeführt haben, hat der Bildungsminister mit viel Interesse zur Kenntnis genommen. Ausgehend von den Resultaten dieser Umfragen sowie auf der Grundlage des Konzepts, das Frau Reip entworfen hat, hat der Bildungsminister den Fachbereich Pädagogik im Ministerium damit beauftragt, zu prüfen, inwiefern Themen der politischen Bildung im weitesten

Sinne in den Rahmenplänen verankert sind. Dieser Abgleich dient als Bestandsaufnahme und stellt für GrenzGeschichteDG den Ausgangspunkt für die weitere Arbeit am fächerübergreifenden Leitfaden und an den Unterstützungsangeboten dar. Der Bildungsminister hat, ausgehend von den Ergebnissen der vorerwähnten Befragungen beschlossen, im Anschluss an die PISA-Testungen 2018 einen **Fragebogen zur Ermittlung des genauen Bedarfs der Jugendlichen im Bereich der politischen Bildung** einzusetzen.

Außerdem wird sich der **Bildungsminister**, wie den Schulen bereits letztes Jahr angekündigt, im Frühjahr 2018 **mit den Schülervertretungen der Sekundaroberstufe treffen**. In diesem Zusammenhang wird auch die politische Bildung ein Thema sein.

Dass der Regierung sehr wohl an einem **partizipativen Ansatz** gelegen ist, zeigt auch die Vorgehensweise bei der Erarbeitung der „Strategie zur Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus“ und des „Aktionsplans zum interkulturellen und -religiösen Dialog im Bildungswesen“. Beide Male wurde auf die Konzertierung mit den Akteuren gesetzt:

Der Erstellung der Strategie zur Radikalismusvorbeugung ging eine ausführliche Konzertierung der Regierung mit auf diesem Gebiet wesentlichen Akteuren voraus, deren Empfehlungen in die Strategie eingeflossen sind. Sowohl das Koordinierungsorgan zur Bedrohungsanalyse (KOBA, fr. OCAM), die föderale und lokale Polizei, die Staatsanwaltschaft, die Fachbereiche Bildung, Jugend, Jugendhilfe, Kultur, Soziales und Sport des Ministeriums, das Justizhaus, die deutschsprachigen Gemeinden als auch die Autonome Hochschule, vertreten durch Frau Reip, wurden in die Erarbeitung der Strategie einbezogen. Gleiches gilt für den Aktionsplan, der gemeinsam mit der Herbert-Quandt-Stiftung, regionalen Vertretern der Glaubensgemeinschaften, den deutschsprachigen Gemeinden, dem Bildungswesen, Frau Reip sowie Vertretern des Integrationsbereichs und des Ministeriums ausgearbeitet und im letzten Schuljahr umgesetzt wurde. Initiiert und wissenschaftlich begleitet wurde der Aktionsplan seit 2015 von der Herbert Quandt-Stiftung, die 2016 nach drei Expertengesprächen eine 45-seitige „Expertise“ mit Empfehlungen an die Regierung vorlegte. **Somit sind auch die Vorwürfe widerlegt, die Regierung verzichte auf wissenschaftlich fundierte Konzepte.** Der während des Schuljahres 2016-2017 durchgeführte Aktionsplan hat zu einer massiven Sensibilisierung der Erziehungsgemeinschaften (Schulleitungen, Lehrer, Schüler und Eltern) zu Fragen der Interkulturalität, des Dialoges der Religionen und des Umgangs mit der Verschiedenheit beigetragen. Tatsächlich wurde sich nicht nur auf spielerische, literarische, künstlerische und musikalische Art mit der Verschiedenheit des Anderen auseinandergesetzt, sondern die Frage der Toleranz, der Akzeptanz und der Integrationsfähigkeit unserer eigenen Gesellschaft - nicht ganz ohne einige Konflikte - in den Fokus der Bestrebungen gesetzt.

Im November dieses Jahres wird auf Einladung der Regierung zudem die mobile Ausstellung „missio Truck“ in Ostbelgien gastieren. Die Ausstellung, die sich vor allem an den Bildungssektor richten wird, setzt sich mit dem Thema Flucht auseinander und lädt die Besucher dazu ein, eine Fluchterfahrung und die damit verbundenen Gefahren und Herausforderungen virtuell zu durchlaufen. Durch den Besuch des „missio Trucks“ sollen, so der Wunsch der Regierung, vor allem junge Menschen aus Ostbelgien für die individuellen Lebenswege von Geflüchteten sensibilisiert und derart in ihrem interkulturellen Verständnis gestärkt werden. Auch für die breite Bevölkerung wird der „missio Truck“ zugänglich sein.

Weiterhin wird die Regierung am 28. November 2017 die nationalen Vorsitzenden der in Belgien anerkannten Glaubensgemeinschaften zum interreligiösen Dialog in Eupen empfangen. Hauptsächliches Ziel des Treffens ist die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung über die Einsetzung eines „Runden Tisches der Religionen“ in Ostbelgien, der von der namhaften deutschen Stiftung „Weltethos“ für interkulturelle und interreligiöse Forschung, Bildung und Begegnung begleitet werden

soll. Durch den Runden Tisch der Religionen sollen der Dialog und die Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen allen Glaubensgemeinschaften in Ostbelgien strukturell intensiviert werden, wobei die Regierung eine unterstützende Rolle spielen wird.

Nicht zuletzt wird die Regierung die ostbelgische Bevölkerung zur Ausstellung „Weltreligionen – Weltfrieden – Weltethos“ einladen, die zwischen dem 22. November und dem 20. Dezember im Ministerium zu sehen sein wird. Thematische Klammer und Schwerpunkt der Ausstellung ist die „Weltethos-Idee“: die Frage nach gemeinsamen ethischen Werten, Normen und Maßstäben aller Religionen und philosophischen Traditionen – verbindende Werte, die die Anhänger verschiedener kultureller und religiöser Hintergründe abseits von „KulturDIFFERENZEN“ vereinen.

Auch die Behauptung, die Regierung vermeide die Auseinandersetzung mit und die Öffnung unserer Gesellschaft, ist daher falsch.

Ebenso ist die Anschuldigung, die Regierung spare in ihrer Strategie den Rechtsradikalismus aus, schlicht unhaltbar: Die Strategie befasst sich vor allem mit *gewaltsamen* Formen von Radikalismus. In dieser Hinsicht stellt die Strategie auf Basis der Konzertierungen der Regierung mit den relevanten Partnern fest, dass die Thematik des religiös motivierten Extremismus derzeit in ganz Belgien und Europa ein prioritäres Handlungsfeld darstellt. Dennoch wird „auch das Phänomen des rechtsgerichteten Radikalismus (Rechtsextremismus) in der vorliegenden Strategie berücksichtigt. (...) Von Bedeutung ist, dass Äußerungen unterschiedlicher Ausprägungen von Radikalismus, so Salafismus und Rechtsextremismus, sich gegenseitig unmittelbar beeinflussen. In die Betrachtung von rechtsgerichtetem Radikalismus auf dem Gebiet der DG sind sowohl Hooliganismus, als auch kriminelle Motorradbanden einzubeziehen.“ (Seiten 7 und 9 des Dokuments). Von einer Vertagung dieses Themas auf einen späteren Zeitpunkt kann demnach keine Rede sein.

Weitere Auskünfte erteilt:

SARAH BONGARTZ

Pressereferentin

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Kabinett Minister Harald Mollers

Klötzerbahn 32, B – 4700 Eupen

TELEFON +32 87 / 557 055, E-MAIL sarah.bongartz@dgov.be